

KOMMENTARE

Deutschland und die Syrien-Debatte

Ohne Einfluss

Dem Trümmerhaufen namens Bundeswehr sei Dank: Von Deutschland erwartet in Syrien niemand irgendetwas. Anders als der Freizeit-Außenpolitiker zu Gutenberg meint, muss die Kanzlerin deshalb gar nicht krampfhaft nach „Ausreden“ dafür suchen, dass sie den Militärschlag am Wochenende nur mit warmen Worten unterstützte. Deutschland versetzt das in die glückliche Lage, seiner Lieblingsübung nachkommen zu dürfen und an der Seitenlinie mal wieder alles besser zu wissen. Also warnt Bundespräsident Steinmeier (wen eigentlich?) davor, „Russland insgesamt, das Land und seine Menschen zum Feind zu erklären“. Und in den Talkshows fordert eine erregte Politikerschleife „runde Tische“ statt alliierter Raketen. Dagegen ist nichts zu sagen, sofern sich davon auch das bisher eher beratungsresistente Damaszener Mordregime und seine Moskauer Sponsoren beeindrucken lassen.

Es stimmt ja: 100 Tage Dialog sind besser als ein Tag Krieg, und Raketen ersetzen keine Strategie. Nur verfügt Berlin darüber ebenso wenig wie die Regierungen in Washington, London oder Paris. Die Aufnahme einer halben Million syrischer Flüchtlinge – weitere dürften hinzukommen, sagt Russlands Außenminister Lawrow mit drohendem Unterton – ist noch kein Plan zum Schutz der Menschen vor dem Giftgas des Diktators. Das macht die Entscheidung Merkels, sich in Syrien nicht an einer ebenso symbolischen wie verzweifelten Strafkriegsaktion zu beteiligen, nicht falsch. Es gibt gute Gründe dafür, ein Schlachtfeld zu meiden, auf dem der zweimalige Weltkriegsgegner und Nachbar Russland steht. Nur sollte man sich die eigene Sonderrolle, die letztlich der selbst gewählten Einflusslosigkeit geschuldet ist, nicht schon wieder als Ausdruck einer überlegenen deutschen (Friedens-)Moral schönreden.

Ja, es ist Zeit, die von Steinmeier beklagte „galoppierende Entfremdung“ zwischen Russland und dem Westen zu beenden. Das wäre leichter zu bewerkstelligen, wenn Deutschland die nun geforderte „Vermittlerrolle“ nicht als Sonderweg begreift. Wenn auch SPD und CSU beherzigten, wie wichtig es ist, dass die Familie der Demokratien jetzt beisammenbleibt. Und wenn nach der jüngsten Zuspitzung auch in Moskau die neue Einsicht reifte, dass eine Entkrampfung des Verhältnisses vorteilhaft wäre. Ein Anfang wäre es schon, wenn der Kreml die unabhängigen Chemiewaffeninspektoren in Syrien endlich ihre Arbeit tun ließe.



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter Georg.Anastasiadis@merkur.de

Wohngebühren für Flüchtlinge
Unfaire Abrechnung

Tausende Flüchtlinge sind hoch verschuldet. Weil sie erst jetzt erfahren haben, dass sie für ihre Unterkunft Gebühren zahlen müssen, wenn sie Arbeit haben oder hatten. Und das rückwirkend. Es ist völlig gerechtfertigt, dass der Staat von Asylbewerbern mit Einkommen Geld für die Unterbringung verlangt. Nur die Höhe der Gebühr steht in keiner Relation zur Wohnsituation in den Unterkünften. Familien müssen für ein kleines Zimmer ohne eigene Küche und Bad vierstellige Beträge zahlen.

Der Gedanke dahinter kann nur sein, den Druck auf die Fehlbeleger zu erhöhen – in Bayern leben 30 000 anerkannte Flüchtlinge noch in den Unterkünften, weil sie keine Wohnung finden. Doch mit einem Schuldenberg ist das für sie noch schwerer. Und auch in Raten sind Schulden kaum abzustottern für Menschen, die meist als Hausmeister oder Küchenhilfe angestellt sind.

Besonders hart trifft die Verordnung die Flüchtlinge, die vom Staat keine Arbeitserlaubnis mehr bekommen haben. Sie sollen nun Geld zurückzahlen, das sie nicht verdienen dürfen. Das zeigt einmal mehr, wie unsinnig und undurchdacht das bayerische Arbeitsverbot ist – und wie dringend es wieder abgeschafft werden muss.



Katrin Woitsch

Sie erreichen die Autorin unter Katrin.Woitsch@merkur.de

Bayerns Beauftragte
Heikle Bedingungen

Wer Bürgernähe propagiert, muss sich für den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen auch Zeit nehmen. Da wirkt es schon sinnvoll, wenn die Staatsregierung eines 13-Millionen-Einwohner-Lands zusätzliche „Beauftragte“ ernannt. Trotzdem bewegt sich die CSU auf einem schmalen Grat: Die sieben Beauftragten, die Markus Söder heute dem Kabinett formal vorstellt, sind Abgeordnete der CSU und werden mit 3000 Euro Zusatzgehalt entlohnt. Sie bekommen erstmals Fahrer, Dienstwagen, kleinen Mitarbeiterstab. De facto Junior-Staatssekretäre.

Neid muss nicht sein, für das Geld wird gearbeitet – aber Vorsicht wäre gut. Denn gleichzeitig, und da wird es heikel, unterliegen diese Beauftragten kaum Restriktionen. Weder zählen sie für die Höchstgrenze von 17 Ministern und Staatssekretären, die die Verfassung vorschreibt. Noch gilt für sie die strenge Abführungspflicht auf Nebeneinnahmen aus allerlei Aufsichtsgremien und Verwaltungsräten. Beides, vor allem die Abführung für alle Kabinettsmitglieder, waren wegweisende Vorgaben zur politischen Hygiene und Transparenz aus der Feder Edmund Stoibers in den 90ern, der erkannte, dass die CSU das bitter nötig hatte. Wer sich Stoiber sonst gern zum Vorbild nimmt, darf das auch hier tun.



Christian Deutschländer

Sie erreichen den Autor unter Christian.Deutschlaender@merkur.de

KARIKATUR



Botschaften für Syrien

ZEICHNUNG: HARM BENGEN

SYRIEN-KONFLIKT

Neuer Anlauf für den Frieden

Über das Ende des Syrien-Krieges wurde viel verhandelt – bisher erfolglos. Nun soll die Diplomatie wieder aktiv werden. Frankreich plant eine UN-Resolution.

Wie soll die diplomatische Initiative aussehen?

Paris setzt auf einen umfassenden Vorstoß zu zentralen Fragen: die Verhinderung des Einsatzes von Chemiewaffen, eine Waffenruhe, humanitärer Zugang und politische Gespräche für eine Beilegung des Konflikts. Außerdem soll eine neue unabhängige Ermittlergruppe geschaffen werden, um Verantwortliche für Chemiewaffeneinsätze zu identifizieren – einen solchen Mechanismus hatten die Russen aber 2017 per Veto beerdigt.

Was sagt die US-Regierung zu dem Vorschlag?

Seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump ist seitens der USA nicht eine einzige diplomatische Initiative bekannt. Wenn Trump sich zu Syrien äußert, lobt er das Militär oder greift andere Beteiligte an. Auch im UN-Sicherheitsrat gibt es seitens der USA keinerlei Bewegung.

Welche Druckmittel hat der Westen?

Die Möglichkeiten sind überschaubar. Für Sanktionen gegen Russland fehlt in der EU die nötige Einstimmigkeit. In Washington dagegen wurden neue Sanktionen erwartet. Sie sollen Russland dazu bringen, von Syriens Präsident Baschar al-Assad abzurücken. Warum



Brot von Assad: Syriens Machthaber lässt Nahrungsmittel in Duma verteilen.

FOTO: AFP

„Auch Luftschlag war Bruch des Völkerrechts“

Der US-geführte Militärschlag gegen Syrien hat ebenso gegen Völkerrecht verstoßen wie der Einsatz von Giftgas zuvor. „Die Rechtslage ist eindeutig“, sagt Markus Krajewski von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. „Auf Unrecht darf man nicht mit gewaltsamem Unrecht reagieren.“ Legale Antworten auf einen Giftgaseinsatz wären demnach Repressalien gewesen, aber kein Angriff. Das Völkerrecht schreibt ein grundsätzliches Gewaltverbot vor. Ausnahmen sind die Selbstverteidigung bei einem Angriff sowie die Intervention mit Mandat des UN-Sicherheitsrats. Der Verweis auf humanitäre Intervention zum Schutz der Zi-

vilbevölkerung gelte im aktuellen Fall aber nicht. „Er ist nur als Reaktion auf drohenden Völkermord möglich“, sagt der Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht. „So schrecklich der Giftgaseinsatz war – ein Genozid kann hiermit nicht begründet werden.“ Die USA hätten bei dem Angriff auch nicht mit dem grundsätzlichen Verhalten von Syriens Machthaber Baschar al-Assad argumentiert, sondern den Luftschlag an einem Einzelfall festgemacht. Auch frühere Militäreingriffe, etwa der Beschuss einer syrischen Luftwaffenbasis 2017 und der Nato-Eingriff im Kosovo-Konflikt 1999, waren völkerrechtlich umstritten.

das diesmal funktionieren soll, bleibt aber fraglich.

Wird Moskau auf den Vorschlag eingehen?

Russland ist skeptisch, weil es befürchtet, an Einfluss in der Region zu verlieren. Dennoch

zeigt sich der Kreml nach außen kompromissbereit. Auch er will den Konflikt nicht weiter eskalieren lassen. „Wenn der Vorschlag vernünftige Elemente enthält, werden wir damit arbeiten“, sagte Vizeaußenminister Sergej Rjabkow.

Welche Initiativen gab es bisher?

Seit Jahren verhandeln Syriens Regierung und Opposition unter UN-Vermittlung in Genf – erfolglos. Auch Verhandlungen der beteiligten internationalen Mächte brach-

was die Grundfunktion der UN hätte sein müssen – nämlich die Vorbeugung und das Management von Konflikten.“

ADEVARUL (BUKAREST)

„Eine Einmal-Aktion mag als Demonstration dienen, ist aber kein Ersatz für eine längerfristige angelegte Strategie.“

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

„Das Risiko ist der Unfall, das Unvorhergesehene, die dumme Rakete, die eine russische Abteilung, eine iranische Basis, einen Fliegerhorst trifft. (...) Die Geschichte führt eine lange Liste an Kriegen, die ‚zufällig‘ begonnen haben.“

LA REPUBBLICA (ROM)

„Die maßvollen Schläge gleichen einem Versuch, aus dem strategischen Schlamassel zu kommen. Um wieder Einfluss zu haben gegenüber der Achse Russland-Iran-Syrien.“

OUEST-FRANCE (RENNES)

PRESSESTIMMEN

zu Syrien-Luftschlägen

„Es war von großer internationaler Bedeutung, ein Signal gegen den barbarischen Einsatz chemischer Waffen zu setzen.“

DE TELEGRAAF (AMSTERDAM)

„Assad nicht zu bestrafen, hätte ihn zu einem noch schlimmeren Verhalten ermutigt.“

SUNDAY TIMES (LONDON)

„Mit der Bestrafung des syrischen Schlächters sind der Westen und die USA wieder in den Nahen Osten zurückgekehrt. Zuvor hatten sich Russland und der Iran in das Einfluss-Vakuum gedrängt, das vor allem Obama hinterlassen hatte. Das Morden mit Giftgas war Ergebnis davon.“

SME (BRATISLAVA)

„Der Fall ist außerordentlich ernst, nicht nur weil wir nun in absolut lächerlicher Tragik vor einer völligen Auslöschung dessen zu stehen scheinen,

ten wenig Greifbares. Im November 2015 einigten sie sich auf die Bildung einer Übergangsregierung, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und freie Wahlen. Nichts wurde umgesetzt. Auch die von Russland, dem Iran und der Türkei verhandelten „Deeskalationszonen“ blieben wirkungslos. Das sind eher maue Vorzeichen für die neuen diplomatischen Bemühungen.“

Muss man auch mit Assad verhandeln?

Syriens Regierung kontrolliert wieder die zentralen Teile des Landes, auch alle wichtigen Städte. Ohne die Führung in Damaskus kann es wohl keine Lösung geben. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian sagte nach den Luftangriffen, die französische Strategie schließe „mit ein, dass alle syrischen und regionalen Akteure teilnehmen“.

Was ist mit dem Fall Skripal?

Russlands Außenminister Sergej Lawrow behauptet, ein Schweizer Labor habe den Beweis gefunden, dass Ex-Agent Sergej Skripal und seine Tochter mit dem US-Kampfstoff BZ vergiftet wurden. Es ist sogar möglich, dass das renommierte Labor Spiez diesen Stoff nachgewiesen hat. Wie die „NZZ“ berichtet, ist das am ehesten damit zu erklären, dass die Organisation für das Verbot chemischer Waffen Kontrollproben verschickt hat, um zu überprüfen, ob das Labor sauber arbeitet. Das gehört zum normalen Vorgang.

S. KUNIGKEIT, M. FISCHER, J. KUHLMANN

Helden in Weiß

Die „Weißhelme“ werden im Westen als mutige Retter gefeiert – bei Assad und Co. gelten sie als Propagandisten

München – Sie retten und versorgen zivile Kriegesopfer, die Bilder ihrer Einsätze gehen regelmäßig um die Welt. Seit Jahren sind die „Weißhelme“ im Bürgerkriegsland Syrien aktiv. Für ihre Arbeit erhielten sie sogar den Alternativen Nobelpreis. Die Begründung damals: Sie seien „eine seltene Quelle der Hoffnung für die leidende Zivilbevölkerung“.

Doch ihre Rolle in dem Konflikt ist nicht ganz unumstritten. Vor allem Russland wirft der privaten Organisation vor, Propaganda für den Westen zu betreiben. Zuletzt behauptete der Kreml, die Weißhelme hätten den mutmaßlichen Giftgasangriff des syrischen Regimes auf Duma „inszeniert“, auf Druck Großbritanniens. Beweise dafür lieferte er nicht.

Trotzdem fragt sich, wer diese Weißhelme sind. Die gu-

ten Jungs – oder am Ende doch die bösen?

Die Organisation, die sich auch „Syrischer Zivilschutz“ nennt, gibt es seit rund fünf Jahren. Sie wurde in Großbritannien aufgebaut und vor allem vom dortigen Außenministerium unterstützt. Bis heute fließt Geld von hier, aber auch aus den USA, Kanada, Dänemark, den Niederlanden – und Deutschland. Das Auswärtige Amt unterstützt die Weißhelme mit sieben Millionen Euro im Jahr, wie eine Sprecherin bestätigt.

Syriens Präsident Baschar al-Assad und seinen Verbündeten ist das Beweis genug dafür, dass die Organisation im Auftrag des Westens unterwegs ist. Hinzu kommt, dass die Weißhelme der syrischen Opposition nahestehen und ihre knapp 3000 Freiwilligen nur in Gebieten arbeiten, die



Ein Kind mit Beatmungsgerät: Das Bild haben die „Weißhelme“ gemacht.

von Assad-Gegnern kontrolliert werden – bis zuletzt auch in Ost-Ghuta. Der Mainzer Orientforscher Günter Meyer sagte in der ARD, Aufgabe der Weißhelme sei es, Angriffe „zu inszenieren und propagandistisch gegen das brutale Assad-Regime einzusetzen“. Belege lieferte aber auch er nicht.

Die Retter als Drahtzieher hinter dem Angriff auf Duma?

Die Hamburger Nahost-Expertin Christiane Fröhlich hält das für „sehr unwahrscheinlich“ – zumal Assad und seine Verbündeten schon beim Giftgas-Angriff im Jahr 2017 versucht hätten, den Weißhelmen die Verantwortung in die Schuhe zu schieben. „Ich halte den Vorwurf für ein Manöver, um von den eigenen Verfehlungen abzulenken.“

Die Fakten sprechen denn auch eine andere Sprache: Eine Untersuchungskommission der Uno macht das Assad-Regime für mindestens 27 Giftgas-Angriffe verantwortlich. Die Weißhelme sind immer die Ersten, die nach solchen Attacken vor Ort sind. Fröhlich sagt: „Schon deshalb sollte man ihre Arbeit würdigen.“ Laut Auswärtigem Amt hat die Organisation dabei geholfen, mehr als 90 000 Menschen zu retten.

Außerdem halten die Freiwilligen die Ereignisse fest – meist per Helmkamera. Darauf, dass die Bilder gefälscht sein könnten, deutet nichts hin. Nur einmal fiel die Organisation negativ auf: 2016 drehte sie ein Video einer fingierten Rettungsaktion für die damals populäre Mitmach-Aktion „Mannequin Challenge“. Der gestellte Charakter der Szene fiel auf – die Organisation entschuldigte sich.

Im Moment gehen wieder Bilder in den sozialen Netzwerken um. Sie zeigen angeblich, wie die Weißhelme einen Chemiewaffenangriff inszenieren. Allerdings stammen die Szenen von den Dreharbeiten zum Film „Revolution Man“, wie „Spiegel online“ schreibt. Er soll die Arbeit von Helfern und Journalisten diskreditieren. Auftraggeber: Syriens Regierung. M. MÄCKLER